



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen	5
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	5
4.	Türkische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Beziehungen zur Türkei	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	8

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FEScyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Nachdem im Juli die Zypernkonferenz scheiterte, bat der UN-Sonderberater für Zypern, Espen Barth Eide, zum 15. August offiziell von seinen Aufgaben entbunden zu werden, um bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in seinem Heimatland Norwegen kandidieren zu können.

Eide hatte seinen Posten als Sonderberater im August 2014 angetreten. Während seiner Amtszeit fanden zwei vorbereitende Verhandlungsrunden in der Schweiz, zwei Zypernkonferenzen (im Januar und Juli 2017) sowie drei Treffen zwischen den beiden Volksgruppenvertretern und dem jeweiligen UN-Generalsekretär in New York statt. Das Amt des Sonderberaters wird nun von der stellvertretenden Sonderberaterin Elizabeth Spehar übernommen, die auch an der Spitze der UNFICYP steht.

Am 16. August erklärte der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stephane Dujarric, dass alle Beteiligten nach dem Scheitern der letzten Runde der Wiedervereinigungsgespräche eine Zeit der Reflexion benötigten, während der UN-Generalsekretär eine Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen werde. Die Erklärung folgte auf eine Ansage von Nicos Anastasiades -- dem griechisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter. Er werde die Möglichkeit einer erneuten Initiative zur Lösung des Zypernproblems in der UN-Generalversammlung sondieren. Währenddessen betonte der türkische EU-Minister Omer Celik laut der Nachrichtenagentur Anadolu nach einem Treffen in der Türkei mit dem britischen Staatssekretär für EU-Angele-

genheiten, Sir Alan Duncan, dass die Zyperngespräche weder „unterbrochen, noch eingefroren“, sondern „beendet“ seien.

In einem anderen Zusammenhang schrieb der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci in einem Brief an den Präsidenten der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, dass der EU-Harmonisierungsprozess des Nordens ohne Unterbrechung fortgesetzt werden sollte. Der Brief war eine Antwort auf ein Schreiben Junckers nach dem Scheitern der Gespräche in Crans-Montana im Juli. Juncker hatte darin betont, dass die EU einen starken Rahmen darstelle, „in dem die (...) Bande der beiden Volksgemeinschaften gestärkt werden müssen“ und dass „eine Lösung des Zypernproblems eine europäische Lösung“ sein müsse, „da die EU die besten Aussichten für dauerhaften Frieden und Wohlstand beider Volksgemeinschaften und des Landes, sowie Stabilität für die Region“ bieten könne. Des Weiteren werde man Zypern weiterhin unterstützen. Laut Berichten vom 30. August erklärte Akinci daraufhin, dass die Bemühungen der türkischen Zyprioten um verstärkte Zusammenarbeit mit der EU und die Vorbereitungen zur Harmonisierung im Rahmen der EU-Gesetze ohne Unterbrechung fortgeführt werden sollten. Akinci erklärte, dass man sich nicht durch die „Hürden“ der griechisch-zypriotischen Seite aufhalten lassen wolle.

In der Zwischenzeit schickte Akinci einen Brief an die Präsidenten der Mitglieder der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, bei der die türkischen Zyprioten einen Beobachterstatus als „Türkisch-Zypriotischer Staat“ haben. In seinem

Brief rief Akinci die Staatsoberhäupter dazu auf, die Isolierung und Embargos, denen die türkischen Zyprioten ausgesetzt sind, aufzuheben und somit eine Lösung des Zypernproblems zu unterstützen. Akinci betonte, dass die türkischen Zyprioten seit seinem Amtsantritt stets eine konstruktive und lösungsorientierte Haltung eingenommen hätten und beschuldigte den griechisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter, nicht den erforderlichen politischen Willen zur Lösung der Zypernfrage während der Gespräche in Crans-Montana gezeigt zu haben.

In einer Sendung des öffentlichen Rundfunks sagte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu, dass die konstruktive Haltung der Türkei in Crans-Montana deutlich sichtbar gewesen sei und fügte hinzu, dass die griechisch-zypriotische Regierung und Griechenland nicht Willens gewesen seien, einen Kompromiss im Rahmen der bestehenden Parameter einzugehen, da sie den „Status eines EU-Mitgliedstaates“ hätten. Daher seien die griechischen Zyprioten nicht bereit, ihre Regierungsmacht zu teilen und nutzten die Sicherheits- und Garantieforderungen als Ausrede.

Nach dem ergebnislosen Abschluss der Gespräche in Crans-Montana gab das Büro des griechisch-zypriotischen Präsidenten eine Anweisung an die Leiter der jeweiligen technischen Ausschüsse, keine neuen Schritte ohne Zustimmung der Regierung zu unternehmen, um zu vermeiden, dass dies von der türkisch-zypriotischen Seite als eine „Ersatzlösung“ ausgenutzt werden könnte. Bereits geplante Programme (z.B. der Ausschuss für kulturelles Erbe, die Grenzübergänge und das Krisenmanagement)

sollten normal fortgeführt werden. Ursprünglich war die Anweisung so interpretiert worden, dass jegliche Zusammenarbeit abgebrochen werden müsse.

Zum wiederholten Male wurde ein Taxi mit türkisch-zypriotischem Kennzeichen von einer Gruppe griechisch-zypriotischer Fußball-Hooligans angegriffen, als sie die Qualifikation von Apoel Nikosia für die Champions-League in der Nähe des Vereinshauses feierten. Der türkisch-zypriotische Taxifahrerverband verurteilte den Angriff in einer schriftlichen Erklärung. Man wolle zum Ausdruck bringen, dass das Leben türkisch-zypriotischer Taxifahrer, die im Süden ihrer Tätigkeit nachgingen immer wieder durch Angriffe in Gefahr sei. Des Weiteren beobachte man mit tiefer Besorgnis eine Zunahme der Angriffe im Süden, und das Schweigen der Verantwortlichen auf beiden Seiten. Im Gegensatz dazu könnten griechisch-zypriotische Taxi- und Busfahrer ihrer Arbeit im Norden frei und ohne Gefahr nachgehen. Die türkische-zypriotischen Taxifahrer forderten die Vereinten Nationen und die griechisch-zypriotische Regierung auf, eine Initiative ins Leben zu rufen, um weitere Vorfälle dieser Art zu verhindern.

Das türkisch-zypriotische Außenministerium verweigerte aus Sicherheitsgründen die Erlaubnis für das Abhalten eines Gottesdienstes in der Ayios Mamas-Kirche in Morfou (Guzelyurt), da dies auf einen türkisch-zypriotischen religiösen Feiertag falle. Dies war das erste Mal seit 2003, dass der Gottesdienst in der Ayios Mamas-Kirche nicht abgehalten werden konnte. Die größte Oppositionspartei, die Republikanisch-Türkische Party (CTP) forderte die Regierung

vergeblich auf, ihre Entscheidung rückgängig zu mache. Die griechisch-zypriotische Regierung und verschiedene religiöse Oberhäupter verurteilten die Entscheidung des Außenministeriums.

Am 14. August jährte sich die zweite Phase der türkischen Invasion, in welcher die türkische Armee vom Norden her 37% der Insel besetzte, zum 43. Mal. Die erste Phase der türkischen Invasion fand am 20. Juli 1974 statt, fünf Tage nachdem Erzbischof Makarios durch einen Militärputsch, der von der griechischen Militärjunta orchestriert worden war, gestürzt wurde.

2. Gasvorkommen

Am 21. August berichtete Bloomberg News, dass das niederländische Energieunternehmen Shell erwäge, Erdgas aus dem israelischen Leviathan-Feld zu kaufen. Es könnte gemeinsam mit dem in dem zypriotischen Aphrodite-Feld geförderten Gas -- an dem das Unternehmen 35% der Anteile hält -- in der ägyptischen Gasverflüssigungsanlage bei Idku weiterverarbeitet werden und ein Teil des zypriotischen Gases lokalvermarktet werden. Eine gemeinsame Vermarktung des Erdgases beider Felder könnte die Wirtschaftlichkeit der Projekte verbessern. Laut Bloomberg benötigt das in Houston ansässige Unternehmen Noble Energy und dessen israelischer Partner Delek Drilling ca. 3,8 Milliarden US-Dollar um die notwendige Infrastruktur zum Transport des Erdgases zu finanzieren. Shell ist durch die Übernahme der Anteile von British Gas (BG) an dem Aphrodite-Feld beteiligt. Wie

Bloomberg berichtete, plant Shell jährlich ca. 5 Milliarden Kubikmeter Gas aus dem Afrodite-Feld zu kaufen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut des Investment-Dienstleisters Moody's stellt die rekordverdächtige Zahl der ankommenden Touristen von 2 Millionen eine 15%ige Zunahme innerhalb der letzten sieben Monate dar und verbessert somit die Kreditwürdigkeit Zyperns. Die Zunahme der Touristen geht mit einer 22%igen Umsatzsteigerung zwischen Januar und Mai einher und verbessert die Aktiva-Qualität der zypriotischen Banken, die immer noch mit unbedienten Krediten belastet sind. Somit seien die zypriotischen Banken in der Lage, neue Kredite zu vergeben. Moody's geht auch davon aus, dass das Volumen neuer Kredite 2017 das höchste Niveau seit dem Krisenjahr 2013 erreichen wird. Hohe Kreditvergabe-standards und Best Practices werden sich ebenfalls positiv auf die Kreditwürdigkeit der Banken auswirken. Die Ratingagentur bezog sich in ihrer Analyse auf den vierteljährlich erscheinenden Kreditbericht der zypriotischen Zentralbank vom 1. August. In dem Bericht wird für das dritte Quartal 2017 ein erhöhter Kreditbedarf (vor allem für Immobilien- und Unternehmenskredite) vorausgesagt. Der gestiegene Bedarf lässt sich nach Ansicht der Zentralbank unter anderem auf ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum und einen verbesserten Arbeitsmarkt zurückführen, dieses führe

zu einem größeren Vertrauen seitens der Unternehmer und Verbraucher und einer graduellen Erholung des Immobilienmarktes.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Präsidentschaftswahlen finden am 28. Januar und 04. Februar 2018 statt.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die wichtigsten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterzeichneten eine Vereinbarung über die automatische Gehaltsanpassung an den Inflationsindex (COLA) für den Zeitraum 2018-2020.

PASYDY und die Gewerkschaft der Ärzte, PASIKI, vereinbarten ein Rahmenabkommen hinsichtlich der anstehenden Reformen im Krankenhausbereich im Zusammenhang mit der allgemeinen Krankenversicherung, deren Umsetzung derzeit in Planung ist und innerhalb der nächsten zwei Jahre eingeführt werden soll. Es beinhaltet u.a. die Verpflichtung, die Arbeitszeiten in den Krankenhäusern zu verlängern sowie Richtlinien für Gehaltserhöhungen und Beförderungen.

Die Gewerkschaft PEO nahm an einer Demonstration der „Bewegung gegen Zwangsvollstreckungen“ gegen die derzeit getroffenen Vereinbarungen zwischen der Cooperative Central Bank und einer spanischen Kreditverwaltungsgesellschaft teil., Diese Abkommen werden als ein entscheidender Schritt in Richtung massenweise Zwangsevakuierungen gesehen.

Die Gewerkschaft SEK bewertet den Vaterchaftsurlaub, den zyprische Väter zum ersten Mal in Anspruch nehmen können, als positiven Schritt. In einem Interview sagte Despo Isaia, die Sekretärin der Abteilung für arbeitende Frauen, dass das Stereotyp der Mütter als wichtigste Bezugspersonen, schrittweise in Frage gestellt werde. Des Weiteren sei die Vereinbarung von Familie und Arbeit wichtig, dies könne jedoch nicht ohne die entsprechenden Dienstleistungen gewährt werden. Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Einkommen und Rente forderte Isaia einen stärkeren politischen Willen bei der Anwendung der bereits bestehenden Anti-Diskriminierungsgesetze.

PEO nahm Stellung zu dem Bericht des Europäischen Parlaments hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Renten. Demnach nimmt Zypern (mit einer Differenz von 48,8%) innerhalb der 28 EU-Mitgliedsstaaten den ersten Platz ein; der europaweite durchschnittliche Unterschied liegt bei 40,2%. Die PEO schlägt daher vor, Korrekturen im bestehenden Rentensystem in Zypern vorzunehmen. Des Weiteren befürwortet PEO Unterstützungsleistungen und Anreize, um mehr Frauen in den Arbeitsmarkt mit geregelten Arbeitsbedingungen zu bringen.

Der Rechnungshof kritisierte die Entscheidung der Regierung, wonach die privaten Pensionskassen, welche als Folge des Bail-Out große Verluste erlitten, teilweise kompensiert werden sollen. Die Regierung verspricht seit 2013, dass der Abschlag für die Pensionskassen von rund 50% teilweise vom Staat übernommen

werde und somit auf 25% falle. Weitere Regulierungen und Bestimmungen, welche die Kompensationen durch den Staat beschränken sollten, wurden von der Regierung ohne vorherige Absprachen eingeführt. Der Rechnungshof betonte, dass abgesehen von den kurzfristigen Verlusten, die Gefahr einer mittel- und langfristigen Destabilisierung bestehe, die weitere Forderungen nach sich ziehen werde.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

2016 fiel im Vergleich zum Vorjahr der Export um 11,67%, während der Import um 3,77% zunahm: Dies entspricht 105,5 Millionen US-Dollar im Export und 1,55 Milliarden US-Dollar im Import. Die Angaben schließen den Handel innerhalb Zyperns, d.h. mit dem Süden ein. Der wichtigste Absatzmarkt war die Türkei mit 62,5%, gefolgt von islamischen Ländern mit 22,7% und der EU mit 10,1%.

60% aller Importe stammen aus der Türkei, 21% aus der EU und 9% aus Asien. Der im Süden verkaufte Warenwert lag bei 4,26 Millionen US-Dollar, während aus dem Süden eingeführte Güter einen Wert von 1,5 Millionen Euro hatten. Andere Statistiken geben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Erhöhung des Handelsvolumens zwischen der Türkei und dem Norden Zyperns um 9,88% an, insgesamt umfasste es 519,8 Millionen US-Dollar. Dies lag vor allem an den um 10,94% gestiegenen Einfuhren aus der

Türkei in dem entsprechenden Zeitraum, während die Ausfuhren um 0,95% fielen.

Die Regierung unternahm die ersten Schritte bei der Privatisierung der Häfen und gab die Erstellung eines Berichts zum Zustand der Häfen in Auftrag, der die finanzielle Struktur der Häfen sowie die Kosten notwendiger Investitionen zu deren Verbesserung prüfen soll.

Laut Angaben des staatlichen Planungsamtes lag die jährliche Inflationsrate Ende Juli bei 15,95%.

Beziehungen zur Türkei

Laut Sunat Atun, dem Wirtschafts- und Energieminister, existieren derzeit Pläne, wonach der nördliche Teil Zyperns mit der Türkei durch ein unterseeisches Stromkabel verbunden werden soll. Die Arbeiten sollen in zwei bis zweieinhalb Jahren abgeschlossen sein. Atun fügte hinzu, dass damit nicht nur die Energienachfrage der „TRNZ“¹ abgedeckt würde, sondern dass die gesamte Region, und - sollte es notwendig sein - auch der Süden der Insel, mit Strom versorgt werden könne.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Hinsichtlich der Suche nach Erdgasvorkommen sagte Atun, dass es eine Vereinbarung mit der Turkish Petroleum Company gebe, was die Erkundung, die Förderung und den Verkauf der sich vor der Küste der „TRNZ“ befindlichen Energievorkommen gebe. Nach Abschluss der durch das Schiff Barbarossa ausgeführten Analysen ist die Entsendung einer Bohrplattform geplant.

Der neu ernannte türkische stellvertretende Premierminister für Zypernfragen Recep Akdag kam zu einem offiziellen Besuch in die TRNZ. Während seines ersten Besuchs in seinem neuen Amt nahm er an getrennten Gesprächen mit dem Präsidenten, dem Parlamentssprecher und dem Premierminister teil.

Ein neues automatisiertes Steuersystem wurde in Anwesenheit des türkischen Finanzministers Naci Abgal in Betrieb genommen. Das System soll helfen, die Steuern einfacher einzuziehen, während die Bürger ihre Steuern online bezahlen können. Während der Feier sagte Abgal, dass es in mehreren Bereichen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der „TRNZ“ gebe, die zu sichtbaren Verbesserungen führten.

Brigadiergeneral Teyfik Algan wurde zum neuen Kommandeur der türkisch-zypriotischen Sicherheitskräfte ernannt.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Grundschullehrer (KTOS) hielt eine Pressekonferenz ab, um auf bestehenden Probleme bei der

Schulbildung und den wachsenden Einfluss der Religion auf die Schulen hinzuweisen. Der Vorsitzende der KTOL, Emel Tel forderte die türkisch-zypriotischen Bürger auf, sich gemeinsam für ihre säkulare Lebensweise und Institutionen einzusetzen. Die KTOs kritisierte die Regierung heftig dafür, dass sie Geld für Moscheen und Religionsschulen zur Verfügung stelle, während die staatlichen Schulen vernachlässigt würden.

Laut der KTOS wurden in den letzten 17 Jahren 46 Moscheen gebaut, während nur 15 neue Schulen seit 1974 errichtet wurden. Mebure Diren, eine Repräsentantin der KTOL sagte, dass Moscheen und Gebäude, deren Miete von der türkischen Botschaft und dem Amt für religiöse Angelegenheiten (in der Türkei) sowie Vereinigungen mit unbekanntem Einkommensquellen bezahlt würden, zu Zentren der religiösen Propaganda und des „Social Engineering“ geworden seien. Man versuche, den Imamen ein politisches Mitspracherecht innerhalb der Bevölkerung zu geben; einige Politiker würden sogar Anordnungen von Imamen befolgen. Der Hauptgrund für den vermehrten Bau von Moscheen sei die Zunahme der Zahl der Imame um noch mehr Propaganda verbreiten zu können. Einige Familien erhielten wirtschaftliche Hilfe aus türkischen Quellen, damit sie Kinder und Jugendlichen im Gegenzug in Türkei schicken, um dort an Aktivitäten und Freizeiten teilzunehmen.

Premierminister Huseyin Ozgurgun forderte Präsident Akinci auf, den Mufti, Talip Atalay seines Amtes als Vorsitzenden der Abteilung für religiöse Angelegenheiten zu entheben. Atalay

war zu Beginn des Sommers in der Türkei wegen mutmaßlicher Verbindungen zu Gülen-Bewegung festgenommen worden. Die Gülen-Bewegung wird von der türkischen Regierung als Terrororganisation eingestuft und beschuldigt, hinter dem fehlgeschlagenen Militärputsch im letzten Jahr zu stehen. Atalay kehrte nach Zahlung einer Kaution nach Zypern zurück.

Ende August wurde bekannt, dass 53 Polizeibeamte, drei in leitender Position, unter Verdacht stehen, Verbindungen zu Gülen-Bewegung zu unterhalten. Bisher wurden die Beamten noch nicht entlassen, da die Untersuchungen des Oberstaatsanwalts noch andauern. Die Wochenzeitung „Cyprus Today“ bezog sich auf „ungenannte Quellen“ und berichtete, dass es Beweise gebe, dass einige der 53 Beschuldigten Mitglieder der Gülen-Bewegung getroffen hätten, die in die „TRNZ“ gekommen seien und dass auf den Konten einiger Beamter „hohe Geldbeträge“ gefunden worden seien.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Während eines Treffens mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (TDP), erklärte der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Hur-I, Ali Yeltekin, dass von den 92.000 Angestellten, die in der Privatwirtschaft arbeiten, 45 bis 50.000 Ausländer seien. Er forderte die Regierung auf, keine Arbeitsgenehmigungen an ausländische Arbeitnehmer zu vergeben, wenn es genügend qualifizierte einheimische Arbeitskräfte gebe. Yeltekin nannte die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen als das größte Problem und betonte, wie wichtig es sei, dass sich die Arbeitnehmer in der

Privatwirtschaft gewerkschaftlich organisierten. Dort sei die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sehr niedrig. Der Vorsitzende der TDP erklärte, dass er sich, wenn seine Partei an die Regierung komme, für eine gewerkschaftliche Einbindung der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft einsetzen werde.

5. FES Zypern Veranstaltungen

September

Montag, 11.09.2017, 19:30

Österreichische Botschaft Nicosia /
Bundeskanzleramt Österreich / FES

Buchpräsentation

**Green Line - Evocative of an Archeology of
Desperation and Desire**

CVAR, 285 Ermou Street,
Nicosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 29.09.2017, 09:30 – 18:00

PRIO Cyprus Centre / Symviosis / FES
Konferenz

Gender, Migration and Trafficking in Europe

CVAR, 285 Ermou Street,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Oktober

Montag, 02.10.17, 9:00 – 16:30

PRIO Cyprus centre / Atlantic Council / IAI / FES
Konferenz

**Eastern Mediterranean Energy:
Moving Forward**

Goethe Institut - UN Pufferzone
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

**Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:**

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com